

6. Mensen

Antrag des Regierungsrates vom 23. August 2023 und Antrag der Kommission für Wirtschaft und Abgaben vom 24. September 2024

KR-Nr. 92b/2021

Marcel Suter (SVP, Thalwil), Präsident der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK): Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben, WAK, beantragt dem Kantonsrat mit 8 zu 7 Stimmen, das Postulat von Grünen, SVP, SP und Mitte betreffend «Mensen» mit abweichender Stellungnahme abzuschreiben. Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat aufgefordert aufzuzeigen, wie das Angebot der kantonalen und kantonsnahen Verpflegungsstätten regionaler und saisonaler und dadurch nachhaltiger werden kann.

In seinem Bericht hat der Regierungsrat die laufenden und geplanten Massnahmen dargelegt. Die Kommissionsmehrheit, bestehend aus SP, GLP, Grünen, AL und Mitte, will mittels einer abweichenden Stellungnahme das Einreichen von Nachhaltigkeitszielen gewährleisten und festhalten, dass es mehr Zwischenziele und zu diesen ein Monitoring braucht. Zudem soll in Mensen künftig Fleisch aus ausschliesslich tierfreundlicher Haltung angeboten werden.

Eine Minderheit aus SVP, FDP und EVP will das Postulat direkt abschreiben. Sie zeigt sich mit dem Bericht des Regierungsrates zufrieden. Dieser hatte nicht zuletzt geltend gemacht, dass Änderungen beim Fleischangebot zu einer Erhöhung der Menüpreise führen könnten, wohingegen das Angebot in Mensen von Bildungsstätten finanziell attraktiv bleiben soll.

Namens der WAK beantrage ich Ihnen, das Postulat mit abweichender Stellungnahme abzuschreiben.

Minderheitsantrag Markus Bopp, Paul Mayer, Doris Meier, Christian Müller, Donato Scognamiglio, Marcel Suter, Patrick Walder:

II. Es wird keine abweichende Stellungnahme abgegeben.

Markus Bopp (SVP, Otelfingen): Die SVP/EDU-Fraktion hat das Postulat mitunterzeichnet, der Fokus lag damals bei uns auf der Landwirtschaft, damit wir die Landwirtschaft in dieses Postulat einbauen und beobachten können, ob die Mensen auch hiesige Produkte aus Schweizer Betrieben verwenden, et cetera. Nun liegt der Bericht des Regierungsrates vor. Wir sind sehr zufrieden mit diesem Bericht. Er ist ausführlich und zeigt sehr deutlich, was in den Bereichen Saisonalität, Regionalität, Nachhaltigkeit alles gemacht wird von den kantonsnahen und kantonseigenen Mensenbetrieben. Wir sehen keinen weiteren Handlungsbedarf.

Der Kommissionspräsident hat es gesagt, die WAK-Mehrheit möchte eine abweichende Stellungnahme formulieren. Auch das finden wir nicht nötig. Zwischenziele, wenn sie denn eine Wirkung entfalten sollten, müssen auch überprüft werden. Das bringt alles wieder Bürokratie und Aufwand und kostet Geld. Auch die Forderung nach 100 Prozent Fleisch aus tierfreundlicher Produktion möchten wir

nicht unterstützen. Was heisst schon «tierfreundlich»? Wir haben ein sehr gutes Tierschutzgesetz in der Schweiz, allen Tieren in den Schweizer Betrieben geht es gut. Und Sie müssen aber auch einsehen, dass bei 18'000 Hühnern nicht jedes Huhn einen eigenen Namen haben kann. Das ist unrealistisch und das Essen muss ja auch bezahlbar sein in den Mensen. Daher ist unser Fazit: Klar, wir sind mit dem Bericht einverstanden. Wir möchten nicht mehr, also dass die Politik weiter in die Suppentöpfe der Mensen hineinregiert. Und aus diesem Grund schreiben wir ab ohne abweichende Stellungnahme.

Alexander Jäger (FDP, Zürich): Die FDP stimmt der Abschreibung des Postulats zu. Die FDP wollte das Postulat schon von Beginn weg nicht überweisen und glaubt an die Eigenverantwortung der Mensenbetreibenden und der Schülerinnen und Schüler statt an Regulierungen. Der Bericht zeigt nun, dass der Kanton doch einiges gemacht hat und keine grossen Regulierungen plant, was uns befriedigt. Aus dem Bericht sieht man, dass sich die neue Vergabepaxis, die der Kantonsrat beschlossen hat, positiv auswirken kann. Bei der Vergabe können nun ökologische Parameter verstärkt berücksichtigt werden. Die Regierung wird das auch aufnehmen, was gut ist.

Man muss aber wissen, dass so die Menüs teurer werden. Auch das ist gut so, denn Qualität soll man auch bezahlen. Regionale Produkte und ökologische Vorgaben, wie Tierschutz, haben ihren Preis, und dann soll der Konsument, die Konsumentin auch zahlen. Denn was nichts kostet, ist auch nichts wert.

Zur abweichenden Stellungnahme: Weitere Zwischenziele sind daher auch nicht notwendig. Wenn die Unterstützerinnen und Unterstützer dieser abweichenden Stellungnahme dies wollen, dann können sie ja nach zwei Jahren eine Interpellation zum Thema einreichen und werden die gewünschten Angaben erhalten. Und/oder sie können in der Kommission ABG (*Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit*) dies beim Geschäftsbericht der Universitäten oder der Fachhochschulen anfragen. Die abweichende Stellungnahme sieht so aus, als ob Sie das Thema nun für sich abgeschlossen hätten und durch einen Bericht der Regierung wieder daran erinnert werden müssten, dass Sie etwas wissen wollen. Das ist nicht nötig. Die FDP stimmt der Abschreibung ohne abweichende Stellungnahme zu.

Monica Sanesi Muri (GLP, Zürich): Auch die Grünliberalen unterstützen die abweichende Stellungnahme. Wir halten am ambitionierten Ziel fest, den Anteil von Fleisch aus tierfreundlicher Haltung auf 100 Prozent zu erhöhen. Wir erachten dies als möglich und realistisch und möchten, dass staatliche Betriebe mit einem guten Vorbild vorangehen.

Das Allerwichtigste für Mensen: Die Menüs müssen attraktiv sein, natürlich auch preislich. Hier gilt es, den Spagat zu schaffen, preisgünstig zu bleiben und auch hochwertige Menüs anzubieten. Die Preispolitik soll aber nicht auf dem Buckel des Tierwohls geschehen. Und natürlich sollen die Menüs auch attraktiv sein, geschmacklich und optisch so, dass die Schülerinnen und die Studierenden überhaupt vermehrt in der Mensa essen und sich nicht sowieso anderswo verpflegen. Attraktive Vegi-Menüs gehören natürlich dazu, oder es könnte ein trendiger

Mensa-Döner entstehen, natürlich mit Fleisch aus tierfreundlicher Haltung. Vielen Dank an den Kanton bei dieser Gelegenheit für die bereits eingeführten Massnahmen, die wir sehr unterstützen. Die Grünliberalen unterstützen die abweichende Stellungnahme, damit diese Arbeit ambitioniert weitergeführt wird.

Birgit Tognella-Geertsen (SP, Wangen-Brüttisellen): Wir sind für die Abschreibung mit abweichender Stellungnahme des Postulats über Mensen. Um es vorwegzunehmen, die kantonalen und kantonsnahen Mensen sind gut unterwegs in diesen Themen. Es wurden bereits sehr viele Massnahmen getroffen für eine nachhaltige Ernährung. Das «Leitbild nachhaltige Ernährung» wurde eingeführt und die daraus entstandenen Richtlinien wurden in einem Pilotversuch angewendet und sind zurzeit in der Finalrunde. Alles gut also – oder doch nicht? Mit der abweichenden Stellungnahme wollen wir mehr einfordern, denn 70 Prozent von verkauftem Schweizer Fleisch aus tierfreundlicher Haltung ist nicht genug. Wir fordern deshalb mit der abweichenden Stellungnahme ein 100-prozentiges Angebot von Fleisch aus tierfreundlicher Haltung.

Der aktuelle Menüpreis von 9.60 Franken ist ein gutes Preisniveau. Mit einem intelligenten Menüplan kann aber auch ein nachhaltiger, tierfreundlicher Plan sicher eingehalten werden. So muss nicht jeden Tag ein Fleisch-Menü angeboten werden, so als Beispiel. Dank einem ökologischen und saisonalen Ernährungsangebot kann ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden, indem die CO₂-Emissionen reduziert werden. Das ist nachhaltig. Auch fordern wir in der abweichenden Stellungnahme ein Monitoring, das ist zur Erreichung der Zwischenziele unerlässlich. Daher schreiben wir ganz klar dieses Postulat ab, aber mit einer mit einer abweichenden Stellungnahme. Besten Dank.

Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich): Mit dem Postulat wurde bezweckt, dass in kantonalen Mensen und Cafeterien regionaler und saisonaler gekocht werden soll. Tierische Produkte sollen verantwortungsbewusst eingesetzt werden, um mindestens der Gesamtwertung «OK» des Schweizerischen Tierschutzes zu entsprechen. Doch ausgerechnet beim Tierwohl wurden bis anhin aufgrund der höheren Preise Abstriche gemacht. Das akzeptieren wir Grünen nicht und darum fordern wir in der abweichenden Stellungnahme, dass der Anteil Fleisch aus tierfreundlicher Haltung auf 100 Prozent ausgebaut wird. Wir sind überzeugt, dass die kantonsnahen Mensen Wege finden werden, dies umzusetzen. Der Weg wäre, das Fleischangebot etwas zu reduzieren.

Nichtsdestotrotz ist seit Einreichen des Postulats viel gegangen. Die Baudirektion hat erstmals zeitliche verbindliche Vorgaben zum Thema «Foodwaste» und zur Reduktion der Treibhausgasemissionen für die kantonalen Verpflegungsbetriebe gemacht und Richtlinien für eine nachhaltige Ernährung für die Gastronomie erstellt. Mittlerweile wurden auch Zwischenziele zu den Treibhausgasemissionen definiert, was wir sehr begrüssen. Insgesamt sollten wir jedoch den Sonntagsbraten wieder schätzen lernen. Das tägliche Essen von Fleisch belastet unsere Gesundheit, die Umwelt, die Artenvielfalt und das Klima. Neue Essgewohnheiten werden in erster Linie durch positive Erfahrungen gewonnen, sprich, durch gut

gekochte, vegetarische oder vegane Menüs. Und so wird es dann auch in den Mensen möglich sein, den Fleischkonsum zu reduzieren. In diesem Sinne danke ich Ihnen für die Unterstützung der abweichenden Stellungnahme.

Konrad Langhart (Die Mitte, Stammheim): Erdbeeren mitten im Winter aus den spanischen Plastikwüsten, mexikanische Flugspargeln im Februar, Kartoffeln – übrigens ein Produkt, das grösstenteils aus Wasser besteht –, Kartoffeln aus Ägypten oder Schnittlauch aus Äthiopien, dann weiter Fleisch von Kälbern und Rindern, die nie auf einer grünen Wiese gestanden haben, oder Eier von Hennen, die nicht wissen, was natürliches Sonnenlicht ist. Das sind nur wenige Beispiele von Produkten, die in der Schweiz trotz umfassendem Nachhaltigkeitsgeschwätz immer noch mit konstanter jährlicher Regelmässigkeit an der vordersten Ladenfront angeboten werden; alles Produkte, die entweder nicht regional, nicht saisonal, nicht tierfreundlich, nicht ressourcenschonend oder gleich alles zusammen nicht sind, alles Produkte, die wir auch nicht wirklich brauchen. Die Schweiz hat nämlich selber das Potenzial, mit einer nachhaltigen Produktion den Selbstversorgungsgrad markant zu erhöhen. Dazu gehört allerdings die Reduzierung von Foodwaste und eine gesunde Ernährung aus lokalen und saisonalen Lebensmitteln. Da braucht es aber noch viel Aufklärung und Informationen zu diesem Thema.

Nun, natürlich bin ich dezidiert der Meinung, dass in einem freiheitlichen Land jede und jeder essen soll, was sie oder er will, was ihrer oder seiner Gesundheit förderlich ist und – besonders wichtig –, was mit ihrem oder seinem ethischen Kompass vereinbar ist. Selber esse ich auch gerne ein Stück gutes Fleisch, allerdings vorwiegend nur noch vom eigenen Hof. Es ist aber auch so, dass das Konsumverhalten nicht nur vom eigenen Willen, sondern ebenso vom verfügbaren Angebot abhängig ist. Und da kommen wir zum vorliegenden Postulat oder eben zum regierungsrätlichen Bericht: Staatliche oder staatsnahe Betriebe haben auch im Ernährungsbereich eine besondere Verantwortung und Vorbildfunktion, die sie auch wahrnehmen müssen. Fleischprodukte sollen zu 100 Prozent aus tierfreundlicher Haltung stammen. Es gibt kein einziges Argument, wieso ein Anteil von Fleisch aus tierunfreundlicher Haltung stammen soll. Und kommen Sie mir jetzt nicht mit dem Kostenargument. Die Schweiz hat heute die tiefsten Lebensmittelkosten Europas im Verhältnis zum Lohnniveau. Nachhaltige und gesunde Ernährung kostet nicht mehr, langfristig schon gar nicht. Sie leistet nämlich auch einen wesentlichen Beitrag zur Senkung der Gesundheitskosten. Die Mitte stimmt der Abschreibung mit abweichender Stellungnahme zu.

Donato Flavio Scognamiglio (EVP, Freienstein-Teufen): Gestern Abend bin ich zum Nachbar gegangen – er ist Bauer – und habe ihn gefragt: «Du, was ist eigentlich tierfreundlich?». Dann hat er mich angeschaut und gesagt: «Äbe so, wie mir das mached.» Die Tiere können nach draussen, das ist tierfreundlich. Das habe ich gestern mitgenommen.

Die Anliegen, die wir hier hören, sind wichtig. Und ein Kollege hat mir mal gesagt: «Weisst du, Donato, für mich reicht es schon noch, nach mir die Sintflut.»

Und ich denke, er liegt falsch. Denn wenn ich rundherum schaue, dann denke ich eher «vor uns die Sintflut». Daher müssen wir etwas machen, da sind wir uns im Klaren. Es sind wichtige Aspekte, was ich esse und woher das kommt, das ist ganz wichtig. Und jetzt könnte man sagen: Wieso unterstützt dann die EVP diese abweichende Stellungnahme nicht? Und jetzt kommt das grosse Fragezeichen: Wissen Sie, ich habe nicht mit diesen Zielen ein Problem. Wir haben schon im Minimum sechs Berichte, wir haben Nachhaltigkeitsberichte, wir haben Strategien zum Klima, wir haben Leitbilder, wir haben sogar Leitlinien und dann haben wir noch Massnahmenpläne. Und jetzt wollen Sie noch zusätzliche Ziele formulieren? Schauen Sie, wenn ich mit dem Auto unterwegs war, dann erhalte ich manchmal Post. Es gibt Post, die mich freut, das ist die vom Kantonsrat, und es gibt eben manchmal auch andere Post, die mich weniger freut. Es ist diejenige, die mir dann sagt «du bist zu schnell gefahren». Und wenn Sie sich überlegen: Die Strasse am Rosengarten, dort gibt es zwei Blitzer. Brauche ich jetzt mehr Blitzer? Brauche ich mehr Kontrolle? Nein, es braucht ein Umdenken von Donato, es braucht nicht mehr Kontrolle. Und das ist das, was mich stört an dieser abweichenden Stellungnahme, dass wir die Illusion haben, dass der Staat die Verantwortung übernehmen kann. Immer dann, wenn wir nicht mehr wissen, was richtig und falsch ist, dann delegieren wir das, etwas pointiert formuliert, an den Kanton Zürich. Er soll mir sagen, wie wir zu wohnen haben. Er soll mir sagen, was ich essen darf. Und – ich weiss, ich überzeichne etwas – er soll mir sogar sagen, wie ich sprechen soll. Und jetzt denken Sie vielleicht «jetzt übertreibt er».

In der Sache teile ich Ihr Anliegen. Aber wissen Sie, es ist nicht gelöst mit mehr Radar. Es ist doch logisch, dass ich anständig fahren soll. Es ist doch logisch, dass ich meine Tiere nicht verletze. Es ist doch logisch, dass ich mir überlege, was ich einkaufe. Und wenn wir jetzt sagen «an der Uni ist es dann gelöst», ja, wer kauft dann die Avocados? Die wachsen ja nicht in Bachenbülach und die Bananen wachsen auch nicht auf dem Irchel. Also seien wir doch ehrlich, es braucht ein Umdenken bei sich selber, wir können das nicht delegieren. Wissen Sie, was die Studenten machen? Die gehen dann nachher zu McDonald's und zum Burger King (*Fastfood-Ketten*). Es braucht Information und es braucht innovative Lösungen. Und damit Sie mir nicht vorwerfen, ich spreche nur mit den Bauern: Ich habe auch mit den Studenten gesprochen. Wissen Sie, was sie mir gesagt haben? «Wir haben alle eine Super-App an der Uni, da sieht man die Menüs. Wenn wir schon um 9 Uhr reservieren könnten für 1 Franken günstiger, dann hätten wir massiv weniger Foodwaste. Wir wissen dann, dass der kommt.» Also es gibt gute Lösungen, und ich möchte Sie einfach nicht enttäuschen, wenn dann die zusätzlichen Blitzer trotzdem nicht das bringen, was wir uns erhoffen. Daher werden wir diese abweichende Stellungnahme nicht unterstützen – und nicht, weil die Ziele uns kein Anliegen wären. Danke.

Gianna Berger (AL, Zürich): Zunächst möchten wir dem Regierungsrat für den Bericht und die bereits geplanten Massnahmen zur Förderung nachhaltiger Ernährung danken. Die bisher umgesetzten Schritte begrüssen wir sehr, da sie einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele leisten. Für die AL ist aber auch

die soziale Nachhaltigkeit von zentraler Bedeutung. Faire Arbeitsbedingungen für alle an der Produktion beteiligten Menschen sowie eine gerechte Preisgestaltung sind für uns unverzichtbar. In den Bildungsinstitutionen muss sichergestellt werden, dass gesunde und nachhaltige Ernährung für alle zugänglich bleibt, unabhängig vom sozialen und finanziellen Hintergrund.

Gleichzeitig finden wir die Forderung wichtig, den Anteil von Fleisch aus tierfreundlicher Haltung auf 100 Prozent zu erhöhen. Selbstverständlich ist dies mit höheren Kosten verbunden. Deshalb unterstützen wir die Strategie, den Fleischkonsum insgesamt zu reduzieren und stattdessen auf qualitativ hochwertige, lokal produzierte tierische Produkte zu setzen. Dieser Ansatz ist sowohl ökologisch als auch gesundheitlich sinnvoll.

Ein weiterer Punkt ist die Förderung von nachhaltigem Verhalten im Hinblick auf unsere Konsumgewohnheiten. Die Reduktion des Fleischkonsums und die Förderung eines vielfältigen pflanzenbasierten Angebots sind nicht nur ökologisch und finanziell vorteilhaft, sondern stärken auch langfristig das Bewusstsein für nachhaltige Ernährung. Wir unterstützen zusammen mit der Kommissionsmehrheit den ergänzenden Bericht, da er konkrete und klar strukturierte Schritte zur Umsetzung enthält.

Dieter Kläy (FDP, Winterthur): Als ich vor 25 Jahren mit einer Kollegin und späteren Oberrichterin im Winterthurer Stadtparlament einen Vorstoss eingereicht habe mit dem Ziel, dass in den Mensen der städtischen Heime und in den Cafeterien die Preise kostendeckend sind, der Kaffee kostendeckend angeboten werden soll, sind wir in die Fasnachtszeitung gekommen. Und das ist mir wieder in den Sinn gekommen, denn heute ist ja Fasnachtsbeginn. Und als ich das Postulat gelesen habe, hatte ich irgendwie ein Déjà-vu. Dass das Ernährungsangebot in den kantonalen und kantonsnahen Mensen und Cafeterien regionaler und saisonaler sein soll, kann ich voll unterstützen, auch die Berücksichtigung der lokalen Wirtschaft, des Gewerbes. Ebenso, dass das Fleisch aus Schweizer Produktion stammt, kann ich vollständig unterstützen. Schliesslich wollen wir ja etwas für das Gewerbe tun. Und dass das am Schluss auch noch finanziell tragbar sein soll für die Studentinnen und Studenten, auch das kann ich vollständig unterstützen.

Aber dann hört es schon auf, oder? Ich meine, es braucht keine Oberaufsicht und auch keine Lenkung durch den Regierungsrat oder durch kantonale Behörden. Der Bericht ist sehr umfangreich ausgefallen. Das zeigt doch, dass schon sehr viel gemacht wird, und das ist auch gut so. Andere Postulatsantworten – auch zu wichtigen Themen – sind jeweils kürzer ausgefallen. Aber was wir ganz sicher nicht brauchen, ist ein ständiges Monitoring und eine ständige Überwachung, was jetzt welche Mensa hier anbieten soll und anbieten muss oder was sie nicht anbieten soll. In diesem Sinne plädiere ich dafür, das Postulat abzuschreiben, ohne Zusatz. Danke.

Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon): Der Postulatsbericht zeigt, dass die Regierung bereits sehr viele gute Massnahmen in diesem Bereich macht, und deshalb möchte ich als Postulant zuallererst allen Beteiligten, das heisst insbesondere der

Baudirektion, der Bildungsdirektion und dem Amt für Mittel- und Berufsfachschulen für ihre Arbeit danken. Gleichzeitig besteht aber immer noch Handlungsbedarf, denn zurzeit werden nur rund 70 Prozent der tierischen Produkte mit der Tierschutzwertung «OK» des Schweizer Tierschutzes angeboten. In unserer abweichenden Stellungnahme fordern wir, dass mindestens für Fleischwaren dieser Wert bei 100 Prozent liegen soll.

Enttäuschend ist, dass die Regierung keine Möglichkeiten zur Erhöhung des Anteils sieht, solange die Menüs weiterhin für Schülerinnen und Studenten finanziell attraktiv bleiben sollen. Dabei wurden Möglichkeiten, wie zum Beispiel Quersubventionierung, unterschiedliche Menüpreise oder die Reduktion der Menge oder der Anzahl tierischer Produkte nicht einmal diskutiert. Geschah dies bewusst, um dieses potenziell heisse Eisen nicht anzufassen? Oder lag es schlicht am mangelnden Bewusstsein? Überraschend ist, dass die EVP die Mitte offensichtlich rechts überholt, da sie bei der abweichenden Stellungnahme nicht mitmacht.

Und bezüglich Tierfreundlichkeit: Wir haben hier im Postulat, bereits im ursprünglichen Postulat, einen klaren Cut-off definiert, was «tierfreundlich» für uns heisst, nämlich die Bewertung «OK» des Schweizerischen Tierschutzes.

Es ist ausserdem auch bedauerlich, dass die SVP diese Stellungnahme nicht unterstützt, obwohl sie das zugrunde liegende Postulat unterstützte. Ich wehre mich ja nicht dagegen, dass die SVP schlauer wird, ganz im Gegenteil. Aber die hier geforderte abweichende Stellungnahme geht weniger weit als das ursprüngliche Postulat, das Sie noch unterstützt haben. Und zuhanden der FDP und der EVP: Wir brauchen keinen weiteren Bericht, das Monitoring wird inzwischen gemacht, und das jetzt unabhängig von unserer Debatte hier. Wir brauchen Massnahmen, wir brauchen nicht mehr Blitzer, sondern Massnahmen. 100 Prozent tierfreundliches Fleisch – Punkt.

In diesem Sinne danke ich Ihnen für die Unterstützung der abweichende Stellungnahme sowie die Aufmerksamkeit und fordere die Regierung auf, unsere Forderungen zeitnah umzusetzen. Herzlichen Dank.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Studierende, Lernende und Schülerinnen und Schüler kantonaler Bildungseinrichtungen sollen sich zu einem erschwinglichen Preis in dem Mensen verpflegen können. Regionalität und Saisonalität des Angebotes sind zentral und unterstützen eine ausgewogene und nachhaltige Ernährung. Der verantwortungsbewusste Einsatz von tierischen Produkten gehört heute schon zum Standard in allen Mensen.

Mit dem «Massnahmenplan Verminderung der Treibhausgase» sind die Verpflegungsbetriebe gefordert, die Klimawirkungen des Speiseangebotes zu reduzieren. Bis 2030 sollen die Treibhausgasemissionen pro Menü um 40 Prozent reduziert werden. Weiter wurde die «Richtlinie nachhaltige Ernährung» erarbeitet. Diese Richtlinie soll beispielsweise helfen, die Lebensmittelverschwendung zu verringern und den Einsatz von Produkten aus artgerechter Haltung zu fördern. Auch die Betreiberinnen der Mensen, hauptsächlich die ZFV-Unternehmungen und die SV Group (*Schweizer Gastronomie- und Hotellerie-Unternehmen*) – das sind

nicht staatsnahe Betriebe –, beteiligen sich selbstverständlich aktiv an den Massnahmen des Kantons Zürich zur Verminderung der Treibhausgase und zur Förderung der nachhaltigen Ernährung. Alle Beteiligten bemühen sich also bereits heute sehr, ein saisonales und nachhaltiges Angebot in den Mensen zu servieren. Wichtig ist aber auch, dass dieses Angebot schmackhaft und erschwinglich bleibt, damit die Studierenden und Lernenden sich weiterhin mit Genuss in den Mensen verpflegen können.

Ich beantrage Ihnen die Abschreibung des Postulates ohne abweichende Stellungnahme.

Abstimmung

Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag von Markus Bopp gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 90 : 82 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der Kommission zuzustimmen und das Postulat KR-Nr. 92/2021 mit abweichender Stellungnahme abzuschreiben.

Das Geschäft ist erledigt.